

Politischer Dialog Politischer Jahresauftakt 2020

Mittwoch, 22. Januar 2020, 11:30 Uhr

Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union, Bierkeller

Rue Wiertz 77, 1000 Brüssel

Bezug auf die Vorhaben der neuen EU-Kommission und aktuelle EU-Themen 2020

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Schretter,

sehr geehrte Frau Abgeordnete Prof. Niebler,

sehr geehrter Herr Dr. Gruber,

sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen
Parlaments,

sehr geehrte Gäste aus den Unternehmen und
Verbänden,

herzlich willkommen zu unserem politischen
Jahresauftakt! Ich freue mich sehr, dass Sie alle
bei uns sind.

Im vergangenen Jahr haben wir als Bayerische
Wirtschaft bei unseren europapolitischen
Veranstaltungen immer wieder betont, dass
2019 ein Schicksalsjahr für die EU sein wird. Wir
hatten diese Wortwahl bewusst gewählt, weil
die Union vor wichtigen Wahlen und
Herausforderungen stand.

Diese Herausforderungen bestehen noch immer. Neun Monate nach den Wahlen geht es nun darum, sie erfolgreich zu bewältigen.

Heute können wir also an unsere Wortwahl aus dem letzten Jahr anknüpfen und konstatieren, dass die EU im Januar 2020 am Anfang eines Schicksalsjahrzehnts steht!

Auch in Deutschland sind die Herausforderungen zahlreich und groß: Ich nenne nur die digitale Transformation, den Klimawandel und die mit diesen Fragen verbundene Spaltung der Gesellschaft.

Diese Herausforderungen müssen wir vor dem Hintergrund bewältigen, dass das goldene Konjunkturjahrzehnt auch bei uns im Freistaat zu Ende gegangen ist. Unsere Industrie steckt tief in der Rezession.

Auch weil wir 2020 ein paar Arbeitstage mehr haben als 2019, rechnen wir mit einem

Wirtschaftswachstum von rund einem Prozent in diesem Jahr.

Was uns als Bayerische Wirtschaft außerdem zusetzt, ist die zunehmende Selbstblockade in Deutschland. Es gibt ja kein Infrastrukturprojekt und Vorhaben mehr, gegen das sich nicht sofort massiver Widerstand formiert.

Ich nenne nur das Beispiel Energiepolitik.

Wir können hier nicht gegen alles sein!

- Gegen Stromleitungen,
- gegen Kernkraftwerke,
- gegen Kohle,
- gegen Wasserkraft,
- gegen Pumpspeicherkraftwerke,
- und gegen Windräder.

Das wird nicht funktionieren.

Wer die Energiewende will, muss auch ertragen, dass sie stattfindet! Wir müssen als Gesellschaft

wieder lernen, Gestaltungswillen zu zeigen und für etwas einzutreten.

Denn mit einer destruktiven Verhinderungsmentalität werden wir unser Land sicher nicht voranbringen.

Stillstand darf nicht die Devise sein! Wir brauchen stattdessen mehr Tempo!

Unsere Unternehmen haben das längst erkannt. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, treiben sie derzeit einen großen Umbau voran.

Dieser Umbau ist zweifelsohne mit Anstrengungen verbunden, gerade für unsere europäische Automobilindustrie, die neben der Digitalisierung auch die technologische Entwicklung bei den Antriebssystemen zu stemmen hat. Gegenwärtig gilt die EU-Vorgabe, dass der CO₂-Ausstoß von Neuwagen von 2021 bis 2030 um 37,5 Prozent gesenkt werden muss. Das belastet die Branche im globalen Vergleich bereits über Gebühr.

Hier darf nicht keinesfalls draufgesattelt werden!

Damit bin ich bei der europäischen Klimapolitik, die unsere neue Kommissionspräsidentin nicht grundlos als europäisches „Man on the moon“-Projekt bezeichnet hat.

Als vbw begrüßen wir es, dass der Klimaschutz im jüngst vorgestellten Green Deal der EU als Konjunkturprogramm verstanden wird. Jetzt muss es unserer Auffassung darauf ankommen, Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und soziale Verträglichkeit gleichrangig miteinander zu verbinden. Klimaschutz muss ökonomisch erfolgreich sein. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass beim Klimaschutz andere Kontinente und Nationen motiviert werden, uns zu folgen. Im europäischen Alleingang können wir die Erderwärmung nicht aufhalten!

Deshalb müssen einige offene Fragen im Green Deal in den kommenden Monaten wirtschaftsfreundlich beantwortet werden.

Als vbw tragen wir das Ziel mit, bis 2050 in Europa Klimaneutralität zu erreichen. Neue, ambitioniertere Zwischenziele dürfen aber nicht zu höheren Belastungen in Deutschland führen.

Die geplante Ausweitung des Europäischen Emissionshandels begrüßen wir. Brüssel muss aber dafür Sorge tragen, dass der CO₂-Preis nicht zu schnell steigt. Für energieintensive Industrien muss es Ausnahmeregelungen geben.

Die angedachte CO₂-Grenzausgleichssteuer halten wir grundsätzlich für eine gute Idee.

Allerdings birgt sie zwei gravierende Gefahren:

- Zum einen weiß niemand, wie diese Steuer in der Praxis funktionieren soll. Es ist sehr schwierig, den CO₂-Fußabdruck eines Produktes zu bestimmen.

- Der zweite Punkt wiegt noch schwerer:
Was glauben Sie, wie wird Washington reagieren, wenn US-Produkte künftig mit einer CO₂-Strafsteuer belegt werden? Ein Handelskonflikt wäre vorprogrammiert.
Dazu darf es nicht kommen!

Der angedachte Ausbau der Erneuerbaren Energien ist zu begrüßen. Die energiepolitischen Pläne der EU dürfen aber weder Versorgungssicherheit noch Bezahlbarkeit infrage stellen.

Eine Neuausrichtung der Besteuerung auf Klimaziele ist sinnvoll, muss aber wirtschaftlich verträglich bleiben. Eine Stärkung von Investitionen, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind – Stichwort *sustainable Finance* – darf nicht mit einer Diskriminierung anderer Investments verbunden werden und muss praxistauglich sein. Zudem dürfen wir die finanziellen Risiken grüner Investments keinesfalls unter den Teppich kehren!

Grundsätzlich fehlen uns auch konkrete Aussagen der Kommission dazu, wie man die Industrie im Transformationsprozess unterstützen will.

Klar ist für uns als vbw: Wir brauchen einen starken gemeinsamen Fokus auf die Industrie. Wir kommen in der europäischen Industriepolitik jedoch nur voran, wenn die Auswirkungen aller Politikbereiche auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Dazu gehört auch die notwendige Reform der EU-Fusionskontrolle. Wir brauchen europäische Unternehmen, die nicht nur auf dem Binnenmarkt, sondern auch auf dem Weltmarkt bestehen.

Mit Blick auf die europäische Sozialpolitik sind wir uns als vbw bewusst, dass die Angleichung der sozialen Bedingungen innerhalb der Mitgliedsstaaten ein wichtiges Ziel der EU sein

muss. Dieses Ziel kann aber nur über
Wirtschaftswachstum und
Beschäftigungsaufbau erreicht werden.

Für uns ist nach wie vor klar: Gute
Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik!

Es freut uns daher umso mehr, dass der kürzlich
vorgestellte Fahrplan für ein soziales Europa
diesen Überlegungen Rechnung trägt. Natürlich
listet der Fahrplan eine Vielzahl von
sozialpolitischen Vorhaben auf, über deren
genaue Ausgestaltung wir diskutieren müssen.
Der vorgestellte Fahrplan ist aber eine deutliche
Abkehr von der Sozialpolitik der Juncker-
Kommission.

Ziel der geplanten Maßnahmen soll es sein, die
Belastungen abzufedern, die sich durch die
Demografie sowie die Transformation ergeben.
Zudem äußert die Kommission das Ziel,
Beschäftigung zu sichern und aufzubauen.

Kurzum: Sie will Voraussetzungen dafür schaffen, dass durch die Transformation niemand zurückgelassen wird. Das kann ganz erheblich dazu beitragen die EU – und das Vertrauen in die EU – zu stärken.

Der anstehende Brexit schließlich darf unter keinen Umständen ungeordnet vollzogen werden. Das britische Unterhaus hat kürzlich ja ein Austrittsgesetz verabschiedet und damit deutlich gemacht, dass der Brexit fristgerecht zum Jahresende erfolgen muss. Das ist aufgrund der noch verbleibenden knappen Zeit mehr als anspruchsvoll.

Die Politik muss deshalb alles daransetzen, dass die Verhandlungen zur Ausgestaltung der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich möglichst rasch und erfolgreich abgeschlossen werden.

Sehr geehrte Gäste,

Sie sehen, dass die Herausforderungen der Europäischen Union seit der Europawahl im letzten Jahr keineswegs kleiner geworden sind.

Als überzeugte Europäer sind wir aber optimistisch, dass die EU diese Herausforderungen meistern kann und ihre Erfolgsgeschichte auch in der noch jungen Dekade fortschreiben wird. Dazu muss sie allerdings die Belange der Wirtschaft im Blick behalten.

Vielen Dank!